



**Solidarité
sans
frontières**

**Stoppt
die
Rückschaffungen!**



Dublin ausser Kraft setzen. Jetzt!

2017

JAHRESBERICHT
RAPPORT ANNUEL

SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES

SCHWANENGASSE 9, 3011 BERN

031 311 07 70

SEKRETARIAT@SOSF.CH

WWW.SOSF.CH

INHALT – CONTENU

RAPPORT ANNUEL – RÉSUMÉ EN FRANÇAIS	03
AKTIVITÄTEN VON SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES	05
VEREINSINTERNA	08
BERICHTE AUS DEN REGIONEN	09 – 10
PROVISORISCHE ERFOLGSRECHNUNG 2017	11
PROVISORISCHE BILANZ 2017	12

RÉSUMÉ EN FRANÇAIS

L'infotour 2017 s'est concentré sur le militantisme et les raisons de s'engager, avec la diffusion du film «R comme collectif» de Keerthigan Sivakumar. Retraçant l'aventure du collectif R. et du refuge lausannois par la voix de ses activistes, le documentaire a créé l'occasion de nombreux débats sur l'engagement dans toute la Suisse, du Jura aux Grisons.

Emmanuel Mbolela a lui aussi voyagé dans toute la Suisse, pour présenter son livre «Réfugié, une odyssée africaine». Le récit de son périple, de la République Démocratique du Congo jusqu'en Hollande, émaillé de ses divers engagements politiques sur le chemin, comme par exemple la création de l'association des réfugiés congolais au Maroc (ARCOM) a captivé un public varié, intéressant et intéressé.

Du côté des collectifs de terrain, l'année a été placée sous le signe de la coopération, puisque différents groupes se sont unis autour de l'appel d'elles, qui demande aux autorités fédérales de reconnaître les viols et violences sexistes comme

motif d'asile. Si à ce jour la Conseillère fédérale Simonetta Sommaruga refuse encore de rencontrer une délégation de l'appel, les femmes du nouveau collectif ne lâchent rien et entendent continuer la lutte. Pour rappel, le texte a été lancé par le Collectif R., Droit de Rester, la Marche mondiale des femmes, RECIF, ADF, Viol Secours et Solidarité Femmes. Il a été soutenu par 8371 signataires et plus de 40 organisations.

La marche Bainvegni Fugitivs a donné lieu en Romandie à plusieurs soirées d'échange sur le thème de la défense des droits humains et de l'asile. La solidarité des différentes régions a permis aux marcheuses et marcheurs d'être accueillis à bras ouverts à chaque étape de leur périple, leur permettant de se reposer et de reprendre des forces. C'était également l'occasion pour toutes et tous de faire un pied-de-nez résolu aux accusations lamentables de «délit de solidarité» à l'encontre de l'instigatrice de la marche, Lisa Bosia.

**Petition an den Bundesrat
Tausende Flüchtlinge
sind vom Tod bedroht. Die
Schweiz muss handeln!**



AKTIVITÄTEN VON SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES

Januar 2017

PETITION AN DEN BUNDES RAT TAUSENDE FLÜCHTLINGE SIND VOM TOD BEDROHT. DIE SCHWEIZ MUSS HANDELN!

Angesichts der grossen Kälte auch in Süd- und Südosteuropa nahm die Situation der Geflüchteten vor allem auf den griechischen Inseln und entlang der Balkanroute während des Winters katastrophale Züge an. In einer Petition forderte Sösf vom Bundesrat, sofort die 1500 Personen aufzunehmen, denen er im Herbst 2015 versprochen hatte, sie aus Italien und aus Griechenland in die Schweiz «umzusiedeln». Sämtliche Rück-schaffungen in Länder, die keine angemessenen Strukturen für eine menschenwürdige Unterbringung bieten, müssten ausgesetzt werden. Innerhalb von nur zwei Wochen wurde die Petition von 2000 Personen unterzeichnet und am 31. Januar eingereicht.

März 2017

INFOTOUR VON SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES MIT DEM FILM «R COMME COLLECTIF» VON KEERTHIGAN SIVAKUMAR

«R comme Collectif» ist eine 20-minütige Reportage über die persönlichen Motive einer Gruppe von migrationspolitischen AktivistInnen aus Lausanne – das Collectif R – vor dem Hintergrund ihres aktuellen Kampfes gegen die Dublin-Rückschaffungen. Keerthigan Sivakumar, der Regisseur des Films, ist selbst politischer Flüchtling und aktiv im Collectif R.

Im Rahmen der Infotour 2017 fanden im März Veranstaltungen in sieben Schweizer Städten statt: Im Anschluss an den Film gab es dabei jeweils Podiumsdiskussionen mit Keerthigan Sivakumar und Leuten, die sich in der betreffenden Stadt für die Rechte der Flüchtlinge einsetzen.

DUBLIN-RÜCKSCHAFFUNGEN NACH UNGARN JETZT DEFINITIV STOPPEN

Am 7. März 2017 stimmte das ungarische Parlament mit grosser Mehrheit für die Festsetzung von Flüchtlingen in «Transitzonen». Seit Inkrafttreten des Gesetzes werden alle Asylsuchenden nahe der Grenze zu Serbien in Containersiedlungen untergebracht, die sie bis zum Entscheid über ihr Asylgesuch nicht verlassen dürfen. Das Asylverfahren kann sofort





und ohne Anfechtungsmöglichkeit beendet werden, wenn eine asylsuchende Person nicht mit den Behörden kooperiert oder die Transitzone verlässt.

In einer Medienmitteilung im April forderte Sosg, die Dublin-Rückschaffungen nach Ungarn jetzt definitiv zu stoppen und auf die Gesuche der Betroffenen einzutreten. Auch nach einem Grundsatzentscheid des Bundesverwaltungsgerichts vom 31. Mai 2017, das eine Dublin-Ausschaffung nach Ungarn stoppte, leitete das SEM jedoch weiterhin «Out»-Verfahren ein. In einem Brief an Medienschaffende wiesen wir im Oktober darauf hin, dass die Ausschaffungen nach Ungarn zwar sistiert sind, aber viele Asylsuchende auch nach mehr als einem Jahr darauf warteten, dass das SEM endlich auf ihr Gesuch eintritt.

An der Vollversammlung vom 5. Mai 2017 wurde nebst dem üblichen statutarischen Teil über das Thema «Bewegungsfreiheit und Zwangsmassnahmen» diskutiert. Die Bewegungsfreiheit ist in Art. 10 der Bundesverfassung verankert. Mitglieder aus mehreren Kantonen berichteten über neue Formen der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht: gezielte «Eingrenzungen», die abgewiesene Asylsuchende im Kanton Zürich daran hindern, die Gemeinden ihres Nothilfe-Zentrums zu verlassen und sie damit von Netzen der Solidarität abzuschneiden; Wohnsitzauflagen, die Asylsuchende im Kanton Waadt verpflichten, in der Nacht in den ihnen zugewiesenen Unterkünften zu bleiben, insbesondere um Dublin-Ausschaffungen zu vereinfachen. Weitere Einschränkungen des Grundrechts auf Bewegungsfreiheit sind

im Rahmen der «Neustrukturierung des Asylbereichs» erwartbar, unter anderem durch die Hausordnungen der neuen Bundeszentren. Die Vollversammlung beschloss, gemeinsam mit vor allem lokalen Basisgruppen eine grössere Kampagne gegen die neuen und alten Einschränkungen der Bewegungsfreiheit zu lancieren.

19. August 2017

SOLILAUF GEGEN DEN RASSISMUS IN NEUCHÂTEL

Die Asyl- und Migrationspolitik verschärft sich von Jahr zu Jahr und diskriminiert Asylsuchende, Sans-Papiers und MigrantInnen im allgemeinen. Mit diesem Solilauf wollte Sosg ein Zeichen setzen für die Rechte der MigrantInnen und gegen Rassismus. Zusammen mit Maloka, Droit de



rester und Unia organisierte Sosg diesen Solilauf in Neuchâtel, wo sich bei schönstem Sommerwetter viele LäuferInnen und SponsorInnen einfanden.

September 2017

«ZWISCHEN UNS KEINE GRENZEN»

«Jeder Mensch hat das Recht auf persönliche Freiheit, insbesondere auf körperliche und geistige Unversehrtheit und auf Bewegungsfreiheit.» Die Bewegungsfreiheit ist ein Grundrecht und wird in Art. 10 Abs.1 der Schweizer Bundesverfassung garantiert. Trotzdem wird dieses Recht für einen Teil der Bevölkerung drastisch eingeschränkt:



für Personen ohne geregelten Aufenthaltsstatus. Um dieses Unrecht anzuprangern, lancierte Solidarité sans frontières zusammen mit den Autonomen Schulen von Zürich und Biel, mit der Allianz «Wo Unrecht zu Recht wird», dem Collectif R und Bleiberechtskollektiven von Fribourg, Lausanne und Neuchâtel eine Kampagne unter dem Titel «Zwischen uns keine Grenzen». Mit dieser Kampagne wollen wir die Gewalt aufzeigen und anprangern, die die Behörden gegenüber den Menschen auf der Flucht oder auf der Suche nach einer Zukunft in der Schweiz anwenden: Regime der Halbgefängenschaft in den Asylzentren des Bundes, Ein- und Ausgrenzungen, Trennung von Familien usw.

Lanciert wurde die Kampagne Anfang September mit Aktionstagen in drei Schweizer Städten. An einer Diskussionsveranstaltung im Rahmen des Aktionstages in Biel hielt Heiner Busch ein Referat zur Entwicklung der «Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht». Am 30. September diskutierte Amanda Ioset an einem Podium in Zürich mit der Schriftstellerin Melinda Nadj Abonji und Eva Käser von der Freiplatzaktion.

Die Kampagne wird 2018 fortgesetzt – unter anderem mit einer Demonstration am 16. Juni in Bern.



BAINVEGNI FUGITIVS MARSCH
Marsch für Menschenwürde und Menschenrechte
Marche pour les droits et la dignité humaine
Marcia per i diritti e la dignità umana

Oktober 2017

Vom 14. Oktober bis zum 10. Dezember 2017 führte der «Bainvegni fugitivs Marsch» durch die ganze Schweiz. Auf 1000 Kilometern, unterteilt in 50 Etappen, haben die Beteiligten die Öffnung der Grenzen verlangt, das Ende der Ablehnung,

das Ende einer Politik der Kontrolle und Verfolgung der Asylsuchenden. Lanciert wurde der Marsch vom «Komitee für eine neue Immigrationspolitik», Sospf unterstützte den Marsch unter anderem durch eine Pressekonferenz, Sospf Mitglieder beteiligten sich an mehreren Etappen, an den Ankunftsorten gab es immer wieder Diskussionen und Veranstaltungen.

13. November

KONTAKTGRUPPE ZENTRALES MITTELMEER

Die Schweiz, genauer gesagt das EJPD, richtete am 12. und 13. November 2017 das dritte Treffen der «Kontaktgruppe zentrales Mittelmeer» aus, an dem einerseits MinisterInnen diverser europäischer Staaten und Vertreter der EU-Kommission und andererseits MinisterInnen afrikanischer Staaten teilnahmen und an der weiteren Externalisierung von Grenzkontrollen und Asylpolitik bastelten. Kurz zuvor hatten Medien über die unhaltbare Situation der Geflüchteten und MigrantInnen in den libyschen Internierungslagern sowie über die Kooperation der EU mit der libyschen «Küstenwache» berichtet.

Sospf organisierte dazu eine breit wahrgenommene Pressekonferenz, an der Charles Heller (Goldsmith's University London), Caroline Abu-Sada (SOS Méditerranée Suisse), Flüchtlingspater Mussie Zerai sowie Sospf-Kopräsidentin Sophie Guignard sprachen.

20. November 2017

ÜBERGABE DES DUBLIN-APPELLS AN DEN BUNDES RAT: SCHÜTZEN SIE DIE VERLETZLICHEN FLÜCHTLINGE!

Anlässlich des internationalen Kinderrechtstages überreichen Amnesty International, die Schweizerische Flüchtlingshilfe, Solidarité sans frontières, Droit de rester Neuchâtel, Collectif R und Solidarité Tattes gemeinsam dem Bundesrat den nationalen Appell gegen die «sture Anwendung der Dublin-Verordnung». Die 33000 UnterzeichnerInnen fordern vom Bundesrat, die humanitäre Klausel der Dublin-Verordnung zu nutzen und



zumindest auf die Asylgesuche von besonders verletzbaren Geflüchteten einzutreten.

UNTERSTÜTZUNG VON PETITIONEN

Sosf fordert seine Mitglieder und SympathisantInnen regelmässig dazu auf, Petitionen und Forderungen zu unterstützen. Wir tun das nicht nur bei nationalen Appellen, sondern auch bei solchen, die von lokalen Organisationen lanciert werden, beispielsweise um in Einzelfällen Geflüchtete vor der Ausschaffung zu schützen.

Dazu zwei Beispiele:

Seit dem 19. Mai hielten die Walliser Behörden den abgewiesenen Asylbewerber Kossi Parfait SIABI im Hinblick auf eine Rückschaffung in Administrativhaft. Siabi ist Tiefbauingenieur und aus Togo geflohen, weil er als Aktivist für bessere Lebensbedingungen der Jugend und für Transparenz bei den stets gefälschten Präsidentschaftswahlen gefährdet war. Überzeugt, dass eine Rückschaffung nach Togo sein Leben in Gefahr bringt, war Kossi Parfait SIABI am 21. August 2017 in den Hungerstreik getreten. Mit einer am 7. September lancierten Petition erreichten wir seine Freilassung.

Eden und ihr Sohn Nahom lebten bereits seit sechs Jahren in der Schweiz, aber da sie in Italien den Flüchtlingsstatus erhalten hatten, waren sie ständig der Gefahr einer Rückschaffung ausgesetzt. Das Leben in permanenter Angst vor dem Erscheinen der Polizei war für sie

unerträglich geworden. Aus diesem Grund hat das Mouvement Jurassien de Soutien aux Sans-Papiers zusammen mit Solidarité sans frontières im Oktober 2017 beschlossen, eine Kampagne zugunsten der Familie zu starten. Sechs Wochen später hatten wir über 5000 Unterschriften gesammelt. Die Mobilisierung hat gewirkt: Eden und Naom haben eine B-Bewilligung erhalten.

BULLETINS UND HOMEPAGE

Die fortlaufend aktualisierte Homepage und das vier mal im Jahr erscheinende Bulletin sind die wesentlichen Mittel, mit denen wir unser Publikum erreichen. Vor allem mit den vierseitigen Dossiers im Mittelteil versuchen wir Hintergrundinformationen zu vermitteln und Diskussionen anzuregen.

Die Dossier-Themen dieses Jahres waren:

- «Zwangsmassnahmen» – u.a. mit Berichten zu mehr Zwangsmassnahmen, Gemeindegrenzen als Gefängnismauern
- «Sans-Papiers-Regularisierung» – über die erfolgreiche Regularisierung von Sans-Papiers in Genf und die Hoffnungen in anderen Kantonen
- «Zwischen uns keine Grenzen» – die neue Kampagne fordert Bewegungsfreiheit für Alle

und kritisiert die Bewegungsfreiheit nur bis zu den Kantonsgrenzen.

- «Medien und Migration» – mit einem Interview mit den JournalistInnen Nick Lüthi und Susan Boos sowie einem Bericht über das Comptoir des Médias von Vivre Ensemble.

Die EU-Asylpolitik und Entwicklungen in anderen europäischen Ländern nehmen wir regelmässig auch auf den Europa-Seiten des Bulletins (S. 2-3) unter die Lupe.

Das Layout des Bulletins besorgt Simone Kaspar de Pont, die auch – kostenlos – diesen Jahresbericht gestaltete. Gedruckt wird es bei selva carodruck, Flims. Übersetzungen ins Französische erledigten wie immer professionell Olivier von Allmen, Sylvie Colbois und Alain Perrinjaquet. Für Übersetzungen ins Deutsche konnten wir auf die Unterstützung von Freiwilligen zählen: Marianne Benteli, Maria Senn, Salvi Pittà, Margrit Dieterle, Vithyaah Subramaniam.

Allen MitarbeiterInnen ein grosses Dankeschön.

BULLETINS (français)

L'actualisation du site internet et le bulletin publié quatre fois par année sont des moyens essentiels pour être en contact avec nos membres et sympathisants.

Les dossiers des bulletins ont été consacrés aux thèmes suivants :

- «Mesures de contraintes» – avec des rapports sur l'utilisation de ces instruments repressifs dans des cantons
- «Régularisation des sans-papiers» avec des infos sur l'Opération Papyrus à Genève et les espoirs dans d'autres cantons
- «Pas de frontières dans nos quartiers» – sur la nouvelle campagne lancée en septembre
- «Médias et migration» – rencontre avec trois journalistes.

Nous traitons régulièrement de la politique d'asile de l'UE et d'autres pays aux pages 2 et 3 du bulletin.

INTERNA

CO-PRÄSIDIUM

Sophie Guignard (Droit de rester FR) und Hilmi Gashi (Co-Leiter der Unia-Sektion Berner Oberland und Migrationsfachmann)

VORSTAND

Im Vorstand wurden an sieben Sitzungen mögliche Aktionsformen diskutiert und Positionen gegenüber den immer neuen Verschärfungen gesetzt. Dem Vorstand gehören an: Claude Braun (CEDRI, Longo Mai), Peter Frei (Rechtsanwalt Anwaltskollektiv), Balthasar Glättli (Nationalrat Grüne), Anni Lanz (Solinetz Basel, nationale Plattform zu Sans-papiers), Simone Marti (Bleiberecht Bern), Christophe Tafelmacher (Coordination Asile Vaud).

SEKRETARIAT

Amanda Ioset (politische Sekretärin)
Gisela Grimm (Sekretariat, Finanzen)
Heiner Busch (Archiv, Bulletin)

FREIWILLIGE

Auch 2017 haben uns freiwillige HelferInnen in unserer Arbeit unterstützt – mit Übersetzungen, bei Aktionen u.a. Herzlichen Dank an Marianne Benteli, Maria Senn, Salvi Pittà, Yassin Ioset etc.

PRAKTIKANTIN/STAGIAIRE

Mélanie Estelli hat im Rahmen eines Arbeitslosenprojektes von Februar bis Mai 2017 die Organisation des Solilaufes gegen Rassismus organisiert, unzählige LäuferInnen und SponsorInnen gesucht, mobilisiert und mitgestaltet.

SANS-PAPIER PLATTFORM

Das Jahr 2017 begann für die Plattform mit einer kleinen Enttäuschung und einer grossen Überraschung. Das jährliche Gespräch mit der neuen Vizedirektorin im Staatssekretariat für Migration (SEM) verlief ernüchternd. Die Plattform wusste damals nicht, dass hinter den Kulissen die Aktion Papyrus in Genf bereits voll im Gange



Amanda Ioset (politische Sekretärin)

Gisela Grimm (Sekretariat, Finanzen)

Heiner Busch (Archiv, Bulletin)

war und kurze Zeit darauf zum Vorbild für andere Kantone genommen werden konnte. Die vereinfachte Härtefallregelung für Sans-Papiers ist ein altes Anliegen der Plattform und ist in Genf endlich konkret zum Durchbruch gekommen. Die Genfer Aktion wurde nun zum Anstoss für politische Initiativen in anderen Städten mit (noch) unterschiedlichem Erfolg.

2017 war auch das Jahr der grossen Schikanken gegenüber langanwesenden abgewiesenen Asylsuchenden, den sogenannten Nothilfeempfängenden. In Zürich beispielsweise wurden für sie neue freiheitsbeschränkende Massnahmen eingeführt; in Basel wiederum wurden für frisch legalisierte Sans-Papiers Strafverfahren angestrengt. Beides führte zu Widerstandaktionen an der Basis. Die Plattform dient dabei als wichtige Austauschstelle für unterschiedliche Erfahrungen. Das Projekt City-Card wird vor allem in der Stadt Zürich vorangetrieben, während andere Städte wie Basel und Lausanne stärkeres Gewicht auf die vereinfachte Legalisierung legen.

Neu hat die Plattform einen fixen Austauschteil der Sitzung zu bestimmten Themen eingeführt, so zum Thema Aktion Papyrus, Gesundheit, Krankenversicherung, Prämienverbilligung etc.. Dabei wird vorgängig ein Fragenkatalog zusammengestellt, der von den Plattformvertreterinnen der verschiedenen Kantone beantwortet wird. Die verschiedenen Antwortmuster werden dann miteinander verglichen.

Die Plattform hat die Broschüre «Keine Hausarbeiterin ist illegal» herausgegeben, die den Faden der vorangehenden Kampagne aufnimmt.

Die deutschsprachige, schön gestaltete Broschüre ist auf Französisch übersetzt worden. Für die Produktion dieses Sensibilisierungsbeitrags hat die Plattform ausreichend Spenden erhalten. Den Spendenden sei hiermit herzlich gedankt.

2017 war für die Plattformteilnehmenden mit den fünf Sitzungen ein arbeitsintensives, aber sehr spannendes Jahr. Auch wenn sich die allgemeinen politischen Verhältnisse als sehr träge erweisen, liess sich die erneute parlamentarische Initiative zur Abschaffung der Krankenkasse für Sans-Papiers im Nationalrat abwehren und neue Strategien zu einer vereinfachten Legalisierung in der öffentlichen Debatte verankern.

SOLINETZ BASEL

Besuche im Ausschaffungsgefängnis sind nicht jedermanns Sache. Besuchende dürfen ihre Besuchten nie hängen lassen, gerade weil ihre Zukunftsaussichten oft so schwarz sind. Um ihre Situation zu verstehen, braucht es nicht nur Empathie, sondern auch einen gelegentlichen Blick in ihre Akten und etwas rechtliche Kenntnisse. Das Solinetz, verfasste einen Leitfaden für Neueinsteigende. Auch im vergangenen Jahr kam es wieder zu kleinen Erfolgen, wenn es sich für die Belange der Insassen einsetzte.

Das Solinetz engagierte sich für eine Härtefallregelung für papierlose Hausangestellte

und für langjährige Nothilfeempfangende, die nie straffällig geworden sind in der Region Basel. Zusammen mit Basler Künstlern führte es den Papptellerprotest durch und erstellte ein Filmchen über die Absurdität der Strafverfahren (siehe www.solinetzbasel@solinetz.ch). Die Unterstützung für Hausangestellte hat das Solinetz in Zusammenarbeit mit der Basler Anlaufstelle vorgenommen, – ebenso den Protest gegen die Strafanzeigen gegen frisch legalisierte Sans-Papiers. Einer Lösung für langanwesende Nothilfeempfangende dürften noch einige Hürden bevorstehen und ist eher eine Aufgabe der Solinetze. Dank dem Austausch in der nationalen Plattform zu den Sans-Papiers erhielt das Solinetz immer wieder Inspirationen für sein Engagement. So begann das Jahr 2017 in Genf mit der vereinfachten Härtefallregelung für langanwesende Sans-Papiers, mit der Aktion Papyrus, die zum Vorbild für andere Kantone genommen werden konnte.

SOLIDARITÄTSNETZ BERN

Die sinkenden Asylgesuchszahlen des letzten Jahres in der Schweiz zeugen von zunehmender Repression, denn die Menschenrechtslage hat sich in weiten Teilen unserer Welt weiter verschlechtert – so auch in Äthiopien, dem Iran, der Türkei, Tschetschenien, der Ukraine, Bangladesch und Eritrea. Die Sicherheitslage in Afghanistan, aber auch im nahen und mittleren Osten ist verheerend. An Europas äusseren Grenzen – Griechenland, Bulgarien, Ungarn und Italien – herrschen alarmierende Zustände. So setzte sich das Solinetz zusammen mit Geflüchteten und Bewegten vehement gegen Ausschaffungen nach Ungarn ein. Im Juni wurden die Ausschaffungen vorläufig ganz gestoppt: Hunderte der unter uns Lebenden, bis dahin Illegalisierten und Entrechteten wussten nun erst, dass ihr Asylgesuch endlich ernsthaft geprüft wird!

LOKAL DENKEN – GLOBAL HANDELN

Die Schwerpunkte des Solidaritätsnetzes sind deshalb auch 2017 dieselben geblieben. Das Solinetz kämpft im Raum Bern für eine gerechte Gesellschaft mit Teilhabe für Alle: In diesem Jahr wuchs die Bewegung im Netzwerk über die künstlichen staatlichen Grenzen hinaus, inspiriert von Konzepten wie «wir alle sind Bern», solidarische Städte, einem Leben jenseits von national definierter Herkunfts- und davon abgeleiteten unterschiedlichen Statusfragen, aber auch im Kampf für die Anerkennung der Verantwortung von uns allen für uns alle. Viele unserer Freund*innen warten nun seit Jahren auf die Anerkennung ihrer persönlichen Notlage und ihres tatsächlichen «Schutzbedarfs» vor Wegweisung, Ausschaffung, Hilflosigkeit, Verfolgung und Armut. Besonders betroffen machen die Schicksale von Menschen, die durch die Flucht von ihren Familien getrennt wurden, und nun um diese bangen müssen – während sie selbst von Isolation, Ausschaffungsdrohung und Perspektivlosigkeit betroffen sind. Im Kampf für ein Bleiberecht und gleiche Chancen für alle will das Solinetz auch 2018 – getreu dem Motto der diesjährigen Tour de Lorraine «Teilhabe für Alle» und dem Vermächtnis unseres Gründers, langjährigen Sekretärs und Präsidenten Martin van Egmond – noch mehr Energien vereinen und weiter wachsen.
www.solidaritaetsnetzbern.ch

Erfolgsrechnung 2017

01.01.–31.12.2017

AUFWAND

Personalaufwand

Löhne	129'702.30
AHV	10'720.35
übr. Sozialleistungen	8'601.70
Personalaufwand Projekte	-10'800.00
Weiterbildung	180.00
Reisespesen, Personalspesen	1'312.20

Total Personalaufwand 139'716.55

Raumaufwand

Miete inkl. NK	17'350.50
----------------	-----------

Total Raumaufwand 17'350.50

Betriebs/Verwaltungsaufwand

Büromaterial	269.45
Abos	777.50
Porti allgemein	749.25
EDV	1'387.80
Homepage/Infrastruktur	3'200.10
Telefon/Fax/Internet	2'232.90
Kopien	903.45
PC-Spesen	727.90
Buchhaltung und Revision	4'197.00
Dokumente	55.00
Bulletin Druck	17'202.20
Bulletin Übersetzungen	5'560.00
Bulletin Porti	6'520.55
Mitgliederwerbung	6'460.05
Jahresbericht/Publikation	596.40
Mitgliederbeiträge	1'016.72
Vereinsspesen	298.65
übriger Aufwand	267.75

Total Betriebs/Verw.aufwand 52'422.67

Total AUFWAND 209'489.72

ERTRAG

Mitgliederbeiträge u. Spenden

Abos Einzelpersonen	52'591.65
Mitgl.beitr./Spenden Einzelper	56'270.00
Abos Organisationen	4'100.00
Mitgl.beitr./Spenden Org.	4'500.00
Monatsbeitragsversprechen	6'320.00
Unterstützungskomitee	900.00
Spenden Einzelpersonen	87055.16
Spenden Organisationen	14'334.90

Total Mitgliederbeiträge u. Spenden 226'071.71

übrg. Erträge

Materialverkauf	5.00
div. Ertrag	945.90
Zinsertrag	0.00

Total übrg. Erträge 950.90

Total ERTRAG

227'022.61

Ordentliches Ergebnis

17'532.89

Projekte

Ertrag Zwischen uns keine Grenzen	3'180.00
Aufwand Zwischen uns keine Grenzen	-3'622.20
Ertrag Dublin	10'299.00
Aufwand Dublin	-9857.90
Ertrag Solilauf gegen Rassismus	4573.50
Aufwand Solilauf gegen Rassismu	-4690.15
Ertrag Infotour Film	7895.90
Aufwand Infotour Film	-7723.90
Ertrag Demo	100.00
Aufwand Demo	0.00

Total Projekte 154.25

Ausserordentliches

Auflösung Rückstellungen Projekt	0.00
----------------------------------	------

Total Ausserordentliches 0.00

Gewinn

17'687.14

Bilanz per 31.12.2017

Konto	Bezeichnung	Aktuell		Vorjahr	
AKTIVEN					
Umlaufvermögen					
1000	Kasse	1 001.80	1.1 %	270.85	0.4 %
1010	Postcheckkonto Bern	67 746.98	74.5 %	38 574.74	54.5 %
1018	E-Deposit-PC 92-813466-2	19 423.20	21.4 %	29 423.20	41.6 %
1090	Transitorische Aktiven	283.45	0.3 %	0.00	
1190	Mietkaution BEKB 7.393.457.43	2 511.00	2.8 %	2 511.00	3.6 %
	Total Umlaufvermögen	90 966.43	100.0 %	70 779.79	100.0 %
Anlagevermögen					
1110	Computer	1.00		1.00	
	Anlagevermögen	1.00		1.00	
	Total Anlagevermögen	1.00		1.00	
	Total AKTIVEN	90 967.43	100.0 %	70 780.79	100.0 %
PASSIVEN					
Fremdkapital					
2090	Transitorische Passiven	5 556.20	6.1 %	3 056.70	4.3 %
	kurzf. Fremdkapital	5 556.20	6.1 %	3 056.70	4.3 %
2089	Rückstellung Projekte	43 614.77	48.0 %	43 614.77	61.6 %
	Rückstellungen	43 614.77	48.0 %	43 614.77	61.6 %
	Total Fremdkapital	49 170.97	54.1 %	46 671.47	65.9 %
Eigenkapital					
2100	Vereinsvermögen	24 109.32	26.5 %	17 107.16	24.2 %
	Gewinn	17 687.14	19.4 %	7 002.16	9.9 %
	Total Eigenkapital	41 796.46	46.0 %	24 109.32	34.1 %
	Total PASSIVEN	90 967.43	100.0 %	70 780.79	100.0 %